

## Zeit gewinnen für die große Solarwende

VON REINHARD LOSKE

Vor gut zwei Jahren haben sich die Grünen auf ihrem Kölner Parteitag in Sachen Kohle programmatisch festgelegt: Neue Kohlekraftwerke sollen nur gebaut werden dürfen, wenn sie mit einer Technik ausgestattet sind, die das bei der Verbrennung anfallende Klimagas CO<sub>2</sub> abscheidet.

Diese Position wird von der politischen Konkurrenz der Grünen seit geraumer Zeit attackiert. Vor allem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat sie mehrfach als realitätsfremd gebrandmarkt. Sein Argument: Der Kampf gegen Kohlekraftwerke erzeuge eine Versorgungslücke, spiele der Atomkraft in die Hände und lasse alte, ineffiziente Kohlemeiler unnötig lange am Netz. Zwar seien langfristig Erneuerbare, Einsparung und Effizienz die Schlüssel zur Lösung von Klimaproblem und Energiekrise. Aber für die nächsten Jahrzehnte brauche man nun einmal neue Kohlekraftwerke. Wenn dann irgendwann die Technologie der Kohlenstoffabscheidung und -endlagerung (CCS) zur Verfügung stehen sollte, könne man die Kraftwerke ja nachrüsten.

Ähnlich lautend haben sich auch einzelne durchaus prominente Grüne zu Wort gemeldet. Die Partei wird davor gewarnt, Kohlekraftwerke zu "verteufeln" und sich in die "sektiererische Ecke" drücken zu lassen.

Damit soll offenbar vor fundamentalistischen Irrwegen gewarnt und der Vernunft eine Bresche geschlagen werden. Doch wäre die Strategie, jetzt grünes Licht für den Neubau von Kohlekraftwerken zu geben, wirklich rational, realpolitisch vernünftig und repräsentativ für das politische Spektrum der ökologisch bewussten Bürgerinnen und Bürger? Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall: Das Einschwenken der Grünen auf einen kohlefreundlichen Pfad würde sie erheblich schwächen und ihnen so realpolitische Gestaltungsoptionen nehmen.

Aber viel wichtiger als dieses politische Argument ist die Faktenlage: Die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre ist seit dem Beginn der Industrialisierung von 280 Teile pro Million (ppm) auf heute knapp 390 ppm gestiegen, was bereits zu einer spürbaren Erderwärmung geführt hat. Soll der globale Temperaturanstieg auf zwei Grad begrenzt werden, so müssen die CO<sub>2</sub>-Konzentrationen zwischen 400 und 450 ppm stabilisiert werden. Im Weltmaßstab müssen klimaschädigende Emissionen bis 2050 mindestens halbiert, in den Industrieländern um 80 bis 90 Prozent zurückgeführt werden.

Im Zentrum einer solchen Reduktionsstrategie steht der Stromsektor. Da gibt es eine klare Rangfolge: Der klimaschädlichste Energieträger ist die Braunkohle mit 950 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde, gefolgt von Steinkohle (750 Gramm) und mit weitem Abstand Erdgas (365 Gramm). Als im Betrieb CO<sub>2</sub>-frei können Strom aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme sowie die Atomkraft gelten. Bei der Atomenergie führt eine Betrachtung über die gesamte Kette allerdings zu einer starken Relativierung ihres CO<sub>2</sub>-Vorteils, da Uranabbau, Kraftwerksdemontage und Endlagerung sehr energieintensiv sind.

Es ist vernünftiger, statt neuer Kohlekraftwerke effiziente und flexible Gaskraftwerke mit kürzeren Laufzeiten zu bauen und vorhandene Kohlekraftwerke im Wirkungsgrad zu verbessern und diese dann ein paar Jahre länger laufen zu lassen, um Zeit für die große Solartransformation des Energiesystems zu gewinnen.

Viel spricht dafür, jetzt das Neubaumoratorium für Kohlekraftwerke konsequent zu vertreten. Es ist realitätstüchtiger als die "Bauen-wir-erstmal-drauf-los"-Variante von Sigmar Gabriel, die kaum Innovationsdruck in Richtung Kohlenstoff-Freiheit erzeugt. Man kann aber durchaus darüber streiten, ob die Festlegung auf CCS angesichts der Fülle ungeklärter Fragen der richtige Weg ist. Und man kann auch der Meinung sein, dass die verbindliche Festlegung eines CO<sub>2</sub>-Reduktionspfades inklusive des Emissionshandels besser ist als das Vorschreiben einer bestimmten Technologie zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung.

Aber dann muss die Politik auch den Mut haben, sehr langfristige und anspruchsvolle Klimaziele festzulegen und rechtlich zu verankern, vielleicht sogar in der Verfassung.